

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: F 1
Berolina 5481. Geschäftszeit des Verlages von 1/2 11 Uhr bis 1/2 17 Uhr.
Juristische Sprechstunde: Dienstag und Freitag von 18 bis 19 Uhr.

Erscheint täglich außer Montags

Verlag: Kottbuser Verlag, Berlin, Dep.-Kasse Belle-Alliance-Pl. Vereintigte Zeitungsverlage, G. m. b. H.
Postfachkonto Berlin NW 279 70

Bezugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 2,50 Mark einschließlich Trägerlohn in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. — Herausgeber: Die Redaktion mit Beihilfe 2,50 Mark; Streifenband im Inland sowie nach Desterreich, Litauen, Luxemburg, Danzig, Memel und Georgeländ 4,50 Mark; übrige Länder 4,80 Mark.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12spaltige Komposition 70 Pf. Arbeiterorganisationen- und Familienanzeigen: Seite 40 Pf. Kleine Anzeigen: Wort 15 Pf., Überschriftenwort 25 Pf., besonders stark 50 Pf. Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf. Anzeigenabteilung: Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: (F 1) Berolina 1888, 1878.

Wollt ihr den frechen Raubbeschluss dulden?

6 1/2 Prozent Arbeitslosenversicherungsbeitrag

Das wagt euch die Regierung des Hungers und der Katastrophenpolitik zu bieten! — Das bankrotte Ausbeutersystem häuft neue Verbrechen

Entfaltet eure revolutionäre Massenkraft!

Telegraphen-Union meldet, daß das Reichskabinett auf Verlangen des Reichsarbeitsministers Stegerwald beschlossen hat, die Beiträge der Arbeitslosenversicherung um 2 Prozent, also von 4 1/2 auf 6 1/2 Prozent heraufzusetzen. Dieser Beschluss wurde vom Kabinett auf Grund der Notverordnungen des Artikels 48 gefaßt.

Durch diese Erhöhung der Beiträge sollen 200 Millionen zur Deckung des Mehrbedarfs der Arbeitslosenversicherung aufgebracht werden. Trotz dieses neuen ungeheuerlichen Lohnraubes gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten werden — bei der angenommenen Durchschnittsziffer von 2,5 Millionen Arbeitslosen — noch weitere 300 Millionen Mark für Arbeitslosen- und Krisenunterstützung fehlen.

Die Politik der Brüning-Regierung zeigt sich immer schlimmer als Katastrophenpolitik: Unruhelose Ausbeutung zur Erfüllung des Young-Planes, ausweglose Miswirtschaft im Zeichen der wirtschaftlichen und politischen kapitalistischen Krise.

Das Volk soll bluten. Das Volk will aber nicht noch mehr bluten!

Antwortet auf das neue Ausplünderungsgesetz durch die Schaffung der Millionenfront der Arbeiteroffensive gegen die Hungerregierung Brüning, gegen die sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Führer, die gemeinsam mit diesem Brüning volksfeindlich regieren wollen!

Schafft unter der Führung der KPD die Front des Kampfes gegen Lohn-, Steuer- und Beitragsraub, für höhere Löhne und Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich!

Bereit am Sonntag euren Aufmarsch im Lustgarten gegen den blutigen Mordfaschismus mit der revolutionären Kampferklärung gegen die kapitalistische Diktaturregierung und ihre Katastrophenpolitik, für Brot und Freiheit durch Sowjetdeutschland!

KPD. fordert Auflösung des Landtags

SPD. lehnt in Einheitsfront mit dem Bürgerblock den KPD.-Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen und Diktatursteuern in Preußen ab

Die kommunistische Landtagsfraktion hat einen Antrag zur sofortigen Behandlung gestellt, der die Auflösung des Preussischen Landtages fordert.

Am Dienstag tagte der sogenannte Ständige Ausschuss im Preussischen Landtag. Der Ausschuss war einberufen worden, um eine Notverordnung der preussischen Koalitionsregierung zur Gründung einer Siedlungsbank durchzuführen. Dies ist ein Teil der mit dem Artikel 48 von der Brüning-Regierung diktierten Maßnahmen der Hilfe für die Junker.

Die kommunistische Landtagsfraktion beantragte die Aufhebung der Notverordnung von der Tages-

ordnung und statt dessen die Beratung eines kommunistischen Antrages, in welchem gefordert wird, daß sofort alle Kundenerlasse aufgehoben werden, durch die in Preußen die Diktatursteuern der Brüning-Regierung zur Durchführung gebracht werden sollen.

Unter Bruch ihrer Wahlversprechungen lehnte die SPD. gemeinsam mit den übrigen bürgerlichen Parteien den Antrag der Kommunisten ab. Der Sozialdemokrat Heilmann versuchte sogar in einer Rede weiszumachen, daß zwischen dieser Abstimmung und der Haltung der SPD. im Wahlkampf kein Widerspruch bestehe (!).

In der Begründung zu dem Antrag der kommunistischen Fraktion auf Auflösung des Preussischen Landtages wird darauf hingewiesen, daß die Otto-Braun-Regierung jede Reichsregierung in ihrer Ausplünderungspolitik gegen die werktätigen Massen tatkräftig unterstützt hat. „Ob Bürgerblock, Hermann-Müller- oder Brüning-Regime, ob Zollerhöhung, Besitzsteuererhöhung und Vermehrung der Massensteuern, Industriebeihilfen oder Agrarierliebesgaben, ob Lohnraub und Abbau der sozialen Ausgaben, ob Kirchenbegünstigung, ob Unterdrückung revolutionärer Massen- und Kampforganisationen, Polizeimilitär und Justizterror — die Preussenregierung war stets der eifrigste Schrittmacher des ständig sich verschärfenden, arbeiters- feindlichen Kurzes dieser Politik.“

Die Ablehnung der kommunistischen Anträge des ständigen Ausschusses hat erneut die Richtigkeit dieser Behauptungen unserer Landtagsfraktion bewiesen. (Näheres siehe 2. Seite.)

Streitbeschluss in Danzig

Danzig, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Eine von der KPD. einberufene Vertrauensmänner-Konferenz der Hafenarbeiter hat beschlossen, in den Streit zu treten, um einen Kampf gegen einen Schiedspruch anzunehmen, der einen zehnprozentigen Lohnabbau und andere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen brachte.

Unsere revolutionären Brüder in Frankreich

solidarisch mit unserm Antrag auf Einstellung der Young-Zahlungen. — Siehe 3. Seite des Hauptblattes.

Streit!

Metallbetriebe, ihr habt zu entscheiden!

In einem Berliner Boulevardblatt, „S-M-Hr-Abendblatt“, war einmal (am 28. November 1928) folgende kurze Notiz zu lesen:

„Das Haus Deutsch (der verstorbene Generaldirektor der AEG.) war eines der wenigen Privathäuser, in denen der erste deutsche Reichspräsident Ebert verkehrte. Und mit ihm kamen seine Parteigenossen Breitscheid, Hilferding und Löbe.“

Wir wissen nicht, ob Ulrich, der Berliner Bevollmächtigte des DMB., oder jemand von den prominenten Parteifreunden Ulrichs bei dem jetzigen Generaldirektor der AEG. verkehrt. Was wir aber genau wissen, das ist die Tatsache, daß die Partei des Herrn Ulrich alles daran setzt, um mit den Parteien der Herren Büchner (jetziger Generaldirektor der AEG.), Siemens und Borjig gemeinsam die Regierungsjessei in der Wilhelmstraße zu teilen. Diese Angelegenheit ist für die Politik Ulrichs entscheidend, diese Tatsache ist von Bedeutung für den großen Berliner Metallkonflikt, in dem wir uns befinden.

300000 Metallarbeiter leben in Berlin, zusammen mit ihren Familienangehörigen sind das etwa 1000000 Berliner. Ist doch Berlin die größte Metallarbeiterstadt Europas. Der Konflikt in der Berliner Metallindustrie steht deshalb im Mittelpunkt des Interesses der gesamten Berliner Bevölkerung.

Zwar ist nur ein Teil der Berliner Metallarbeiter in den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller beschäftigt. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aber in diesen Betrieben sind für die überwältigende Mehrheit der Metallflaven maßgebend. Lohnabbau oder Lohnherabsetzung in den BVMJ.-Betrieben wirkt sich fast automatisch in den übrigen Berliner Metallbetrieben aus. Wir bringen z. B. heute in unserer Zeitung eine Mitteilung, daß die Unternehmer in der Gießerei- und Bauhilfsbranche den Lohn tarif gekündigt haben mit einer Forderung, die Löhne radikal abzubauen und sie dem BVMJ.-Tarif anzupassen.

Es geht also um das Brot und Fleisch, um den Anzug und das Kleid für viele hunderttausende Berliner Arbeiter, Arbeiterfrauen, Arbeiterkinder.

Was will Borjig? Er, seine Freunde und Kreise in der Potsdamer Straße 112, in den Räumen des BVMJ., haben es klar und eindeutig gesagt: 15 Prozent Lohnraub! Du, gelehrter Arbeiter, sollst wachstümlich von deinem karglichen Lohn eine „Kleinigkeit“ von weiteren 8 Mark und siebzehn Pfennige abgezogen bekommen. Du, Arbeitermüde von der AEG., sollst wachstümlich ein Ertragsstück von 4 Mark und 35 Pfennige für die Herren Direktoren und Aktionäre abgeben. Das wollen sie!

Du Arbeiterin bei Osram, die du tagen, tagaus 2400 Lampen machen mußt; du Wicklerin im Kabelwerk Oberspreewitz, die du schon lange für dieselben Spulen willkürlich einen niedrigeren Preis als im Vorjahre bekommst; du Dreherin bei Siemens, die du nach Hause gehen mußt mit einem Lohn, der viel niedriger ist als der jämmerliche Tariflohn; du Arbeiterin von Ludwig Löwe, die du in der Biergewerbe mit 12 und 15 Mark nach Hause gehen mußt, — ihr alle, Slaven und Slavinnen des Berliner Metallkapitals, sollt euren Herren jährlich neue 47 Millionen Mark in den Schoß werfen. Der Frau Margarete von Siemens sind ihre Perlen gestohlen, ihr Proletarierinnen müßt ihr ersetzen. Wie die Zeitungen berichten, befindet sich in der Siemens-Willa in Lankeitz ein Konzertsaal, der 500 Gäste faßt. Dort fand vor kurzem ein ungewöhnliches Saugelage statt, wo das Philharmonische Orchester spielte und Herr Karl Friedrich von Siemens

Immer stärker, Immer Kühner!

Genosse Thälmann über unsere Aufgaben nach dem Wahlsieg

„Unser Befreiungsprogramm, dieses Dokument von größter historischer Bedeutung, das in volkstümlicher Sprache den Arbeitermassen unsere Aufgaben und Ziele zeigt, war kein Wahlmanifest, das wir nach den Wahlen beiseite legen können. Im Gegenteil, dieses Programm wird jetzt, wo die Wahlen unseren gewaltigen Vormarsch demonstrieren, erst recht zum Signal für unseren immer stärkeren, immer kühneren Kampf gegen die kapitalistische Youngherrschaft. Erst recht gilt es, die einzelnen Abschnitte unseres Befreiungsprogrammes in den Massen zu popularisieren und immer neue Millionen zu wecken, sie zusammenzuschließen zur Kampffront der Hungernden gegen die Satten, für Sowjetdeutschland.“

(Genosse Thälmann

in der Groß-Berliner Funktionärerversammlung.)

Handelt danach: Rüstet zum Metallarbeiterstreik! Schafft tausende neuer Parteimitglieder und „Rote-Fahne“-Leser! Marschieret am Sonntag im Lustgarten gegen die braune Mordpest auf!